

FDP-KV-Speyer * Mike Oehlmann * Kardinal-Wendel-Str. 60 * 67346 Speyer

An Herrn
Hansjörg Eger
Oberbürgermeister der Stadt Speyer
Maximilianstr. 100

67346 Speyer

**Freie FDP
Demokraten**

FDP-Kreisverband-Speyer

Mike Oehlmann
Stadtrat

Kardinal-Wendel-Straße 60
67346 Speyer

Telefon 0 62 32 – 62 10 01

Telefax 0 62 32 – 62 10 02

Mobil 01 72 – 5 20 93 82

E-Mail Mike.Oehlmann@Wuerttembergische.de

29.08.2018

**Anfrage für den Stadtrat am 27. September 2018 zum Thema – „Künftige
Abfallentsorgung in der Speyerer Altstadt“**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Eger,

nach der kurzfristig von der Stadtverwaltung und der EBS Speyer angesetzten Bürgerversammlung im Haus Trinitatis vom 28. August 2018, habe ich in geballter Form Anfragen von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern per E-Mail und Telefon erhalten, was mich zu dieser Anfrage veranlasst hat.

U. a. wird als Hintergrund dieser angedachten Änderung zur Abfallentsorgung die seit 2016 bestehende neue Regelung der DGUV (Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung) herangezogen. Es spielen wohl auch verschiedene andere – evtl. berechnigte – Gründe eine Rolle, die Abfallentsorgung in der Altstadt zu verändern. Im Werksausschuss wurde wohl über Arbeitsschutz der betroffenen Mitarbeiter-/innen gesprochen, jedoch die Interessen der Anwohner-/innen nicht nachhaltig verfolgt.

Hier ergeben sich für mich folgende Fragen:

1. Seit wann haben die Stadtverwaltung und EBS Kenntnis davon, dass neue Regelungen der DGUV evtl. Veränderungen bei städtischen Abläufen – wie hier bei der Abfallentsorgung Altstadt – mit sich bringt?
2. Wann hat die Verwaltung erstmalig die betroffenen Anwohner-/innen über die angedachten Änderungen informiert und warum wurde dieser Zeitpunkt gewählt?
3. Welcher Kreis der Anwohner-/innen wurde seitens der Verwaltung informiert? Nur Anwohner-/innen, welche ihren Abfall künftig an anderer Stelle ablegen müssen oder auch zusätzlich die Anwohner-/innen, welche an einer künftig angedachten „Müllsammelstelle“ wohnen?

Tatsache ist wohl, dass Anwohner-/innen der betroffenen Straßen ihren Abfall teils über weitere Strecken an eine Müllsammelstelle verbringen müssen. Dieses ist allerdings vielen dieser Menschen aus verschiedenen Gründen (Alter, Gesundheitszustand etc.) nicht möglich.

Hierzu stellen sich mir folgende Fragen:

4. Welche angedachten Lösungsvorschläge wurden seitens der Verwaltung seit Bekanntwerden des Problems forciert/intern diskutiert und woran scheiterten etwaige Vorschläge? (Ich denke hier in etwa an KFZ-Halteverbotszonen an Tagen der Abfallentsorgung, oder das Abholen des Abfalls durch Mitarbeiter/-innen der EBS und Verbringung an Sammelstellen am Vortag der Abfallentsorgung)
5. Warum wurde seitens der Verwaltung nicht frühzeitig ein Bürgergespräch anberaumt, in welchem Lösungsvorschläge hätten diskutiert und auf Belange der Anwohner/-innen eingegangen werden können?

Die Tatsache, dass die Anwohner Ihren Abfall nun gesammelt an die Müllsammelstellen verbringen müssen, birgt die Gefahr u. a. der Lärm- und Geruchsbelästigung.

6. Welche Überlegungen gibt es seitens der Verwaltung und der EBS hier nun konkret, zum einen als Service für die Kunden den Abfall der Anwohner zu deklarierten Müllsammelstellen zu verbringen und die angedachten Müllsammelstellen so zu gestalten – evtl. Müllmulden -, dass weitestgehend eine Geruchsbelästigung und breitflächiges Vermüllen öffentlicher Fläche an Abholtagen verhindert wird, Stichwort Erscheinungsbild?

Mit bestem Dank für die Beantwortung der Fragen und freundlichen Grüßen



Ihr
Mike Oehlmann
Stadtrat der Freien Demokraten SPEYER - FDP

eingegangen per E-Mail